

Seite 4
Sieg 6 Uhr
Jahr 2 Uhr
en Sonntag
nd Predigt.
t. 2 Segens-
d vorherige
nach Ver-
So. u. g.
Schul- oder
So. u. g.
R. Univer-
sierung, Me-
mmer nach
e zum 6.6.

3. R.
So. u. g.
d. 6. J.
am 1. Mo-
die Stelle
am Cuban

H. — H.
., G. u. S.

9. Hochamt
z. mit Pre-
Donnerstag

A. W.
9.15 Schul-
lesse 7 u. 8.
1. 2. Unterricht
z. 1. 2. Unterricht

8.10 %
mit Dr. 9
7. u. 9. M.

Chefschule
ad nach der

km. 348 A.
z. 9. Ge-
stele und
z. im Monat

Predigt, bl.

A. Ethic
mann. 1.
m. 8. G.

schland

urs
aten-
haus-
5 Uhr
eurtelung
dorgaue.
; oder Bot-
as Krohs.
nternational".
nd zu 1.00
ortplatz 2,
t ein
533

G E

Mark
543

Nr. 24

21. Jahrg.

Bernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Sonntag, 29. Januar 1922

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden 4, M. 16, Schleinitzstraße 48

Sächsische Volkszeitung

Gesamtbetrag: Vierteljährlich 24.—, jahresmallich 16.—, monatlich 8.— frei Haus. Einzelnummer 80.—. Die
Sächsische Volkszeitung erscheint jedermann wöchentlich. — Redaktion: 6 bis 6 Uhr nachm. Nicht ent-
sprechend geschäftigt und mit Absatzes nicht versiebene Ausgaben aus der Redaktion werden nicht aufbereitet

Hinsetzen: Mindestens von Geschäftstagen ab 10., von Samstagsabenden ab 8.— Uhr nachm. Einzelnummer: die die
Betriebs-B.I.G. Sonntagszeitungen 2.75, die Berliner 2.50, die Niedersachsen 2.50 von freil. 9.—. Mit unbedingt gesetzten
Mindesten im Dresden: Schmidtsche Buchhandlung, J. B. Metz, Schleinitz, 6. im Bahnhof Franz Kugler, a. d. Betriebe 4

Regina-Palast

Dresden, Waisenhausstr. 22
Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Pulscho mit seinen 12 Künstlern
Restaurant ersten Ranges

5-Uhr-Tee

Die deutsche Antwort an die Reparationskommission

Paris, 28. Januar. In einer Pressekonferenz der Finanzreform- und Reparationspläne der deutschen Regierung meint die "Dolce Vita", daß die deutsche Antwort, die am Freitag der Reparationskommission vorgelegt wurde, nützliche Resultate aufzuweisen habe. Man könne sich dann bestimmt wünschen, daß die deutsche Regierung die Antwort in der gesetzten Zeit ergebe, eben habe und daß die öffentlich für die Interessen der Alliierten aufzutreten ist. Das Glas ist meint, man würde aber nicht verstehen, daß von Deutschland eine außerordentliche Anstrengung in obliegenden 8-tägigen Tagen mehrere hundert Millionen, die Reparationskommission in einer Form abwehren würde, die die Alliierten bei ihr genommen. Das wäre ein weiteres Mittel zur Sicherstellung des Abwands Wirth, dessen Stellung durchaus im Interesse der Alliierten liege. Man würde aber nicht übersehen, daß das Deutsche Reich imstande ist.

Die Arbeit des Auswärtigen Ausschusses an der Reparationskonferenz

Berlin, 27. Januar. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, der heute zu einer Sitzung der Rote der Reichsregierung an die Reparationskommission zusammengetreten ist, besitzt zunächst Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium über den Zukunft der rechtlichen Rote, die verantwortlich bald veröffentlicht wird. Es werden hierzu noch die Abgeordneten Dr. Helfferich (Dahl.), Stumpf (Soz.), Dernburg (Dem.) und Dau (D. Volks.). Auch der Reichsstaatsrat nahm zu diesen Ausführungen das Wort. In Vertretung des Abgeordneten Stevermann rührte der Abgeordnete Müller-Frauen den Vorfall. Den Verhandlungen wo nie auch Dr. Rathenau bei, der sich jedoch nicht an der Aussprache beteiligte.

Personalverminderung bei der Wiesbadener Reparationskommission

Paris, 28. Januar. Die tagesliche Zeitung "Trotz" berichtet, daß Ankunft von Vogesen, des amerikanischen Delegierten bei der Reparationskommission in Wiesbaden. Vogesen sei damit deutlich zu unterscheiden in welchem Maße das in Wiesbaden anfängliche Personal der Reparationskommission eingeschränkt werden könnte.

Mac Nenna zur Reparationsfrage

London, 27. Januar. Der frühere Schatzkanzler und jetzige Vorsitzende der Londoner Joint City- und Midland-Bank Mac Nenna hält auf der heutigen Generalversammlung der Bank eine Rede über die allgemeine Handels- und Wirtschaftslage. Zur Frage der deutschen Reparationen bemerkte er, eine Voraussetzung für die Wiederherstellung Europas sei die

Regelung der Bedingungen der deutschen Entschädigungen auf einer festen wirtschaftlichen Grundlage. Wenn die Form der Reparationen und die Mittel zur Sicherstellung der Zahlungen mehr Schaden als Nutzen brächten, dann verfehlten sie ihren Zweck. Mac Nenna fuhr fort: Wenn man von außen her einen Druck auf Deutschland ausübt, so bedeutet das, daß man Deutschland zwinge, seinen Außenhandel unter der Bedrohung mit Invasion, Blockade oder anderen Strafmaßnahmen zu entwenden. Deutschland kann nur im Wettbewerb mit seinen Handelsrivalen ausführen, die es auf den ausländischen Märkten unterliegen müssen. Nur sich eine billige Produktion zu sichern, muß Deutschland für deren Arbeitsergbnisse weniger Lohn zahlen, als die anderen Nationen. Dieses kann es erreichen, indem es die Mark so entwertet, daß ihr Wert im Ausland den Wert im Ausland übertrifft. Solange diese Verschiedenheit im Wert besteht, wird sie wie eine Prämie auf die deutsche Ausfuhr und da der Druck auf Deutschland, Reparationszahlungen zu leisten, fortwährt, kann es eine fortwährende Entwertung seiner Währung nicht verhindern.

Form der Zahlungen betrifft, so kann Deutschland in bestimmten Waren zahlen, die sowohl England in Betracht kommen. Bader, Holz, Kali und andere Stoffe sein können, die für England schwer entbehrlich seien und die es entweder überhaupt nicht oder nur in ungünstiger Menge erzeugen. Deutschland kann auch zahlen durch die Auslieferung aller ausländischen Wertpapiere, die im Besitz deutscher Unternehmen seien. Mac Nenna fügte hinzu, er geht bei seinen Ausführungen vom wirtschaftlichen und nicht vom politischen Standpunkt aus. Er sei der Ansicht, daß ein Nebeneinander, das auf das Ergebnis der wirtschaftlichen Möglichkeiten geprägt sei, vorteilhafter wäre für die Handelsinteressen des Welt und ergiebiger für die Reparationszahlungen, als aufeinander folgende Ultimata, die sich später als undurchführbar erwiesen.

Lloyd George Teilnehmer an der Konferenz von Genf

Paris, 28. Januar. Der Londoner Korrespondent des Temps meldet: Man bestätigt, daß Lloyd George zunächst nach Genf gehen wird. Man ist in London der Ansicht, daß das Datum des 8. März für die Eröffnung der Konferenz bestehen müsse.

Minister a. D. Schisser über die Tätigkeit der österreichischen Kommission

Wien, 28. Januar. Am Donnerstag stand in Beuthen anlässlich des Abschieds der österreichischen Delegation und Vorwald eine Konferenz mit den Vertretern der deutschen Delegation statt. Schisser gab ein Bild von dem bisherigen Verlauf der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Arbeit habe sich schwieriger gehalten, als jedes der Kommissionssitzungen angenommen hatte. Unterstreichend müsse er, daß die Verhandlungen auch von der Gegenseite in verhältnismäßig leichter Weise geführt wurden. In den meisten Fällen wurde eine Einigung erzielt. Immerhin ist noch eine Anzahl Streitfälle offen geblieben, die dem Schiedsgericht in Genf unterliegen. Rechtsbehörden müsse bestont werden, daß es hinsichtlich der Wahrung der deutschen Rechte auch Grenzen gibt, die der Völkerbund zu respektieren hat und die schließlich überschritten werden dürfen. Besonders erfreulich ist die Einigung in der Währungsfrage, derzufolge die Reichsmark 15 Jahre Gültigkeit hat. Ob eine Reichsbankvertretung in Polen-Oberschlesien zurückbleibt, ist noch ungewiß. Die Weiterberatungen würden am 10. Februar in Genf beginnen.

Pressestimmen zum Steuerkompromiß

Berlin, 28. Jan. Die "Deutsche Tageszeitung" hebt hervor: Der Bericht der Delegierten, vorwiegend zum Steuerkompromiß mag er noch so äußerlich sein, hat dem Reichstag eine neue Grundlage verliehen. — "Die Zeit" bemerkt abschließend: Ein Vertragsunternehmen wäre gestern vorgelegt worden, erst das weitere Verhalten der Regierung wird darüber entscheiden, ob sich eine große Vertrauens- und Abstimmungsmöglichkeit für die Steuer ergibt. — Der "Vorwärts" äußert zuversichtlich: Einstweilen ist ja alles in Ordnung, aber in absehbarer Zeit können auch neue Schwierigkeiten kommen, die ein festes Zusammensein der beiden sozialistischen Fraktionen, d. h. einer vereinigten Politik der Unabhängigen, nötiger machen würden denn je. — Die "Gemania" stellt fest: Die wohlwollende Haltung des volksparteilichen Abgeordneten Peder führt nicht nur die Politik des Konservativen, sondern bringt sie eine erwünschte Erklärung. — Die "Tägliche Rundschau" äußert zuversichtlich: Herr Wirth steht vor uns, zwar nicht als der Mann der Vertrauenserklärung einer gewaltigen Mehrheit, aber doch als der Mann der abgelaufenen Missionen. Sturm und Unruhe, höchstens der wie zwischen plus und minus. — Die "Freizeitung" sagt: Dr. Wirth ist wieder auf seinem Platz, ist es ihm doch gelungen, fünf Parteien für eine Ententepolitik der nächsten Wochen zu gewinnen. Es handelt sich höchstens nicht um Koalitionen, sondern um Kompromisparteien. — Die "Deutsche Zeitung" bemerkt zu den volksparteilichen Ausführungen: Zum Abschluß erhält man, daß die Verhandlungen Peder mit dem Reichskanzler in einer Saalgasse fehlten. Die Partei hat sich rufen lassen, als Hilfe not tat. Sie hat geholfen und daszeigte man ihr die kalte Schulter. Man will die Sicherheiten nicht geben; das kann geschickte Kompromiss in Gefahr. — Das "Berliner Tageblatt" befand, daß dem Reichskanzler nicht durch ein klar umrissenes Vertragsvolumen der fünf Mittelpartien die schwierige anhende innenpolitische Situation erleichtert wurde. Das ist ein schwerer parlamentarischer Testfalter. — Der "Berliner Volksanzeiger" berichtet: Die Deutsche Volkspartei fordert als Voraussetzung für ihre Zustimmung zu dem letzten Offer des Reichstages, dass das Geld mit seinem Fleisch als Überwirtschaft bezeichnet hat. Wird das erreicht, dann sind wir als Staat, als Volk, als Steuerzahler ein ungeborenes Säckchen vorangekommen, wodurch dem Volke ein so mahllos schweres Offer, wie es die Kompromissparteien darstellen, nicht etwa leicht, ganz gewiß nicht, aber doch unvermeidlich wird. — Der "Tag" erläutert: Von der Deutschen Volkspartei hing es ab, ob man zum Protest zum Druck ging oder weiter am Leben blieb, und die Deutsche Volkspartei hat die Verlängerung unterzeichnet. Darauf ist, wenn wir Herrn Dr. Peder richtig verstehen, soll das präferieren das kleinere Massenrecht für uns geschehen, darüber hinaus aber noch die moralische Verpflichtung Wirths, nun wirklich Ordnung im Staat und in den Reichsbürgern zu schaffen! Heiligt die Moral nicht aus, dann muß die Deutsche Volkspartei zum Gleichheitsvollzieher werden. — Die "Freiheit" behauptet: Pders Erläuterungen waren so anmaßend, daß die Abhängigkeit der Regierung von den Herrschern der Deutschen Volkspartei schon jetzt in die Erziehung trat, wo sie die Ministeriesel noch nicht inne hat. — Die "Rote Ruhm" hofft von der Einheitsfront von Heute bis Lebensende und erklärt, die proletarische Einheitsfront im Elendsland, die schon heute im gemeinsamen Willen der Massen steht, möge diese Einheitsfront im Reichstag über den Haufen werfen.

Das Steuerkompromiß.

Die Entwicklung der politischen und parlamentarischen Lage in der letzten Woche hat sich nach vielen Herungen und Wirkungen zu dem gleichen Punkte zurückbewegt, von dem sie ausgegangen ist. Das Steuerkompromiß, wie es jetzt zustandegekommen ist, bestiert auf die Zwangsarie. Wie haben in all den Erörterungen zu den Vorgängen im Reichstage und in unserer Stellungnahme zu der zeitweise zweifellos vorhandenen, außerordentlich scharfen Kritik von Anfang an unserer Ausschaffung dahin Ausdruck gegeben, daß der Natur der Dinge nach unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Gedanke an eine Zwangsarie sich geradezu aufdrängt. Das ergab sich schon einmal aus dem zeitlichen Druck, unter dem wir standen und der uns zwang, in einer ganz bestimmten, sehr lang bemessenen Frist uns über die Methoden der Ordnung unseres Budgets zu erklären. Aber auch der sachliche Zwang wies nach dieser Richtung. Es war ganz unumgänglich innerhalb der 14-tägigen Frist große Steuerprobleme auszufügeln und sie in einzelnen bestimmt auszuarbeiten geforderten Vorschlägen Gestalt werden zu lassen. Der von der Entente geforderte Garantieplan verlangte seinem Wesen nach auch weniger die Darstellung solcher Einzelheiten, als die Aufzählung des großen Maßnahmen, den die deutsche Reichsregierung und das deutsche Parlament sich zur Ableistung der Reparationsverpflichtungen zu ziehen gedachten.

Nun, da die Zwangsarie durch die Reichstagsparteien, mit Ausnahme der äußersten Linken und der äußersten Rechten, sichergestellt ist, hat es wenig Zweck, über Nutzen oder Schaden eines derartigen Beschlusses, sowohl von industrieller, wie von landwirtschaftlicher Seite die allerharschesten Bedenken geltend zu machen und, haben wir sie verkannt. Wir möchten nur hoffen und wünschen, daß die Regelung der Einzelheiten dieser Maßnahme die berechtigten Einsände und Befürchtungen ausräumt, oder doch mildert. Schon heute möchte aber auf daß erneutste etwa vor der Annahme gewarnt werden, als ob mit dieser Zwangsarie nur eine dauernde Erfindung unserer Finanzwirtschaft oder gar die Stabilisierung der Mark herbeigeführt werden könnte, davon kann gar keine Rede sein. Die Zwangsarie ist in der Kompromisform soll jedoch dazu dienen, die Verpflichtungen des Reiches für die nächsten Sohle zu vereinfachen und zu Reparationszwecken erleichtern zu helfen. Zum Ausgleich des Defizits des Reichshaushalts darf sie nicht verwandt werden. Dieses Defizit muß durch anderweitige Steuern und vor allem durch eine völlige Balancierung der Einnahmen der reichsweiten Betriebe, also der Post und Eisenbahn, ergänzt werden.

Diese Zwangsarie also als Kernstück des Kompromisses genommen, ergibt sich in Betrachtung des Ausdrucks, der in Forderungen einerseits und in Zugeständnissen andererseits auf beiden Seiten erzielt worden ist, folgendes Bild: Die Zwangsarie soll auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung in Kraft treten. Es ist also nicht der Regierung ins Verhälften gestellt, nach Gutachten einer derartigen Anteile einzulegen, sondern sie ist zu ihrer Annahme verpflichtet. Anfanglich war es überkaupt fristig, ob ein bestimmter Vertrag für diese Anteile fixiert werden soll. Dann kam man zum Vorschlag einer Summe von 40 Papiermilliarden. Schließlich einigte man sich auf eine Goldmilliarde. Diese kann nach dem Stande der Wirtschaft mehr, sie kann aber auch weniger als 40 Papiermilliarden ausmachen. Die Unabhängigen haben diese Regelung nicht annehmen wollen, sie forderten mindestens zwei Goldmilliarden. Diese Zwangsarie soll aber, was außerordentlich wichtig ist, zu wissen, erst dann aufgenommen werden, wenn ein vorher gegangene freiwillige Anteile nicht ausreichen würde, um die Verpflichtungen des Reiches zu decken. Erst nach einer solchen freiwilligen Anteile würde die Zwangsarie von rund einer Goldmilliarde in Vertrag kommen. Man sieht also, daß mit dieser Regelung eine ganz außerordentlich breite Plattform für die Reichsregierung zum Zwecke der Beschaffung flüssiger Geldmittel geschaffen werden ist.

Die in den Steuervorlagen der Reichsregierung vorgesehenen Polysteuern hätten etwa 20 bis 22 Papiermilliarden einbringen sollen. Nun sind freilich die Steuervorlagen zu einer Zeit aufgestellt worden, als der Dollar noch zwischen 60 und 70 stand. Die inquisitorisch eingetretene Entwertung des deutschen Geldes in Verbindung mit den gewaltigen neuen Aufwendungen für die Gehaltszuschüsse und die durch die Teuerung hervorgerufenen Bedürfnisse ließen es ja von vornherein geboten erscheinen, diese

betrifft, so kann Deutschland in bestimmten Waren zahlen, die sowohl England in Betracht kommen. Bader, Holz, Kali und andere Stoffe sein können, die für England schwer entbehrlich seien und die es entweder überhaupt nicht oder nur in ungünstiger Menge erzeugen. Deutschland kann auch zahlen durch die Auslieferung aller ausländischen Wertpapiere, die im Besitz deutscher Unternehmen seien. Mac Nenna fügte hinzu, er geht bei seinen Ausführungen vom wirtschaftlichen und nicht vom politischen Standpunkt aus. Er sei der Ansicht, daß ein Nebeneinander, das auf das Ergebnis der wirtschaftlichen Möglichkeiten geprägt sei, vorteilhafter wäre für die Handelsinteressen des Welt und ergiebiger für die Reparationszahlungen, als aufeinander folgende Ultimata, die sich später als undurchführbar erwiesen.